

4933 a

**Beschluss des Kantonsrates
zum dringlichen Postulat KR-Nr. 201/2011
betreffend Rückzug des Rahmengesuchs
der AXPO für ein neues AKW**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrats vom 19. September 2012 und der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 26. März 2013

beschliesst:

I. Das dringliche Postulat KR-Nr. 201/2011 betreffend Rückzug des Rahmengesuchs der AXPO für ein neues AKW wird als erledigt abgeschrieben.

Minderheitsantrag Barbara Schaffner, Robert Brunner, Marcel Burlet, Andreas Hasler und Andreas Wolf:

II. Es wird folgende vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben:

* Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt besteht aus folgenden Mitgliedern: Ruedi Lais, Wallisellen (Präsident); Robert Brunner, Steinmaur; Marcel Burlet, Regensdorf; Gerhard Fischer, Bäretswil; Alex Gantner, Maur; Lorenz Habicher, Zürich; Andreas Hasler, Illnau-Effretikon; Hanspeter Haug, Weiningen; Konrad Langhart, Oberstammheim; Christian Lucek, Dänikon; Barbara Schaffner, Otelfingen; Peter Stutz, Embrach; Gabriela Winkler, Oberglatt; Andreas Wolf, Dietikon; Orlando Wyss, Dübendorf; Sekretärin: Franziska Gasser.

Abweichende Stellungnahme

Regierungsrat und Axpo halten an ihrem Rahmenbewilligungsgesuch für zwei neue AKW fest, obwohl beide übereinstimmen, dass der Bau eines neuen AKW in der Schweiz in den nächsten Jahren unrealistisch ist. Sie weisen in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass bei einem Umbau der Stromversorgung auf erneuerbare Energien der kritische Zeitraum für die Versorgungssicherheit der Schweiz zwischen 2020 und 2030 liegt – in einem Zeitraum also, in dem in Anbetracht der langen Planungs- und Bauzeiten auch unter den besten Voraussetzungen kein neues AKW ans Netz gehen könnte. Damit bleibt als einziges Argument des Regierungsrates für eine Aufrechterhaltung der Rahmenbewilligungsgesuche eine mögliche finanzielle Entschädigung der Planungsgesellschaft Resun AG für die vergeblichen Planungen.

Den Verzicht auf eine mögliche finanzielle Entschädigung in zweistelliger Millionenhöhe an die Resun AG durch den Bund – die wohl in einer gerichtlichen Auseinandersetzung erstritten werden müsste – erachtet der Kantonsrat im Vergleich zum Fernziel Atomausstieg als zweit-rangig. Der Kantonsrat fordert den Regierungsrat auf, eine konsequente Energiepolitik im Sinne der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 zu verfolgen und diese klar zu vertreten. Dazu gehört eine klare Entscheidung gegen die Option Kernenergie, die auf allen Ebenen konsistent vertreten werden soll (Energieplanungsbericht, Verwaltungsrat Axpo, kantonale Gesetzgebung ...).

Statt stur an vergangenen Planungen festzuhalten, sollte sichergestellt werden, dass kein weiteres Geld in solch unnütze Planungsübungen fliesst. Ein klarer Entscheid für eine erneuerbare Stromzukunft bündelt die finanziellen und personellen Mittel der Axpo und gibt auch anderen Investoren Investitionssicherheit.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 26. März 2013

Im Namen der Kommission

Der Präsident:

Ruedi Lais

Die Sekretärin:

Franziska Gasser